



3



Unterlage für die Auszahlung der Vermittlungsvergütung (nach sechsmonatiger Dauer des Beschäftigungsverhältnisses)

Vordruck F.3.1b

**Hinweis** Zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen.

A. Maßnahmedaten

1 Auftragnehmer

2 Auftragnehmer Kundennummer

3 Maßnahmenummer

B. Daten der teilnehmenden Person

4 Vorname

5 Nachname

6 Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)

7 Tätigkeit

8 Arbeitgeber

Im Kontakt mit der teilnehmenden Person sowie mit dem Arbeitgeber habe ich aktiv den Abschluss des Arbeitsvertrages herbeigeführt und damit die teilnehmende Person im Rahmen der Maßnahme erfolgreich vermittelt. Das vermittelte Beschäftigungsverhältnis besteht nun seit 6 Monaten. Ich bitte um Auszahlung des Restbetrages der Vermittlungsvergütung gemäß den Vertragsbedingungen.

Die Beschäftigungsbestätigung ist beigelegt.

Mit der Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit der Angaben.

**Hinweis** Entsteht dem Bedarfsträger durch falsche Angaben ein finanzieller Schaden, handelt es sich dabei um eine strafbare Handlung im Sinne des § 263 StGB (Betrug), die zur Anzeige gebracht wird.

9 Datum

10 Unterschrift und Stempel des Auftragnehmers



S1

Beschäftigungsbestätigung (nach sechsmonatiger Dauer des Beschäftigungsverhältnisses)

1 Name Arbeitgeber

2 Straße

3 Hausnummer

4 Postleitzahl

5 Ort

6 Betriebsnummer

7 Name der Kontaktperson

8 Telefonnummer



Hinweis Zeiten ohne Arbeitsentgelt sowie Bezugszeiten von Kurzarbeitergeld in Höhe von 100 Prozent verlängern die Frist von sechs Wochen entsprechend.

9 Das Beschäftigungsverhältnis mit

Vorname

Nachname

besteht seit (TT.MM.JJJJ)

bestand vom (TT.MM.JJJJ)

bis (TT.MM.JJJJ)



Hinweis Bei einer einvernehmlichen, unwiderruflichen Freistellung von der Arbeitsleistung durch den Arbeitgeber mit tatsächlicher Weiterzahlung des Arbeitsentgelts, ist der letzte Tag anzugeben, an dem tatsächlich Arbeit geleistet wurde.

In der Zeit vom (TT.MM.JJJJ)

bis (TT.MM.JJJJ)

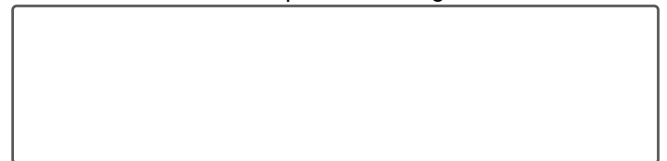
wurde kein Arbeitsentgelt gezahlt.

Hinweis: Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie die Richtigkeit der Angaben. Entsteht der Agentur für Arbeit durch falsche Angaben ein finanzieller Schaden, handelt es sich dabei um eine strafbare Handlung im Sinne des § 263 StGB (Betrug), die zur Anzeige gebracht wird.

10 Ort

11 Datum

12 Unterschrift und Stempel des Arbeitgebers



Verweigert der Arbeitgeber die schriftliche Beschäftigungsbestätigung, können diese Angaben durch die Arbeitnehmerin/den Arbeitnehmer bestätigt werden.

Die obigen Angaben werden durch die Arbeitnehmerin/den Arbeitnehmer bestätigt:

13 Ort

14 Datum

15 Unterschrift und Stempel der Arbeitnehmerin/
des Arbeitnehmers



S2